

Bereich Informationstechnik
Az: 18
Datum: 23.01.2003

2003/016
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	11.02.2003	

Betreff

E-Government-Aktivitäten bei der Stadt Castrop-Rauxel
Jahresbericht 2002/2003

Finanzielle Auswirkungen ☒ keine haushaltsmäßige Berührung ☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt	Haushaltsstelle(n): Gesamtkosten der Maßnahme: ggf. Höhe des Zuschusses %=
---	---

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

Kruse

Arbeitsschwerpunkt: E-Government

E-Government umfasst die Aspekte der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidungsfindung und der Leistungserstellung/-erbringung, soweit sie durch die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik unterstützt und verbessert werden können.

Ausgehend von diesem umfassenden Verständnis, bildet E-Government den Arbeitsschwerpunkt im Aufgabenbereich der Informationstechnik.

Das Internet stellt dabei die zur Realisierung benötigte Basis dar. Auf gleicher technischer Grundlage werden über Intranet und Extranet interne Prozesse sowie Angebote für geschlossene Benutzergruppen umgesetzt.

Im Kern geht es bei den E-Government-Aktivitäten um

- die Schaffung elektronischer Schnittstellen nach außen - zu Bürgern, Unternehmen, anderen Organisationen, Lieferanten etc. – und um
- die Verknüpfung verwaltungsinterner Prozesse mit neuen bzw. neu gestalteten Dienstleistungsangeboten.

Hinzu kommt als weiterer Aspekt eine Verknüpfung von Dienstleistungsangeboten über Grenzen der Verwaltungsorganisation und Zuständigkeitsregelungen hinweg (z.B. Verbindung der Dienstleistungsangebote der Stadt mit denen des Kreises).

Für E-Government-Aktivitäten gelten fünf Zieldimensionen

- Verbesserung der Dienstleistungs- und Kommunikationsqualität
- effizientere und rationellere Gestaltung der Verwaltungsarbeit
- Schaffung von mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung
- Optimierung der Information und Steigerung der Motivation der MitarbeiterInnen
- Imageförderung und ausgeprägtes Standortmarketing

Diese Zieldimensionen sind bei einzelnen Aktivitäten möglicherweise konkurrierend. Eine abschließende und verbindliche Gewichtung der Zieldimensionen erscheint allerdings nicht zweckmäßig, weil sich hierdurch ein zu starres Bewertungsschema ergeben würde. Stattdessen wird es für sinnvoller und praktikabler gehalten, eine Bewertung jeweils bezogen auf einzelne Vorhaben vorzunehmen.

Leitlinien für E-Government-Vorhaben bei der Stadt Castrop-Rauxel

- Die Einführung von E-Government ist ein langfristig angelegter Prozess. Sie ist nicht mit einem einzigen Großprojekt zu realisieren oder durch eine einzelne technische Umstellung umzusetzen.
- Dieser Prozess vollzieht sich schrittweise. Mit Vorrang sind Projekte anzugehen, die sich unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen kurz- oder mittelfristig erfolgreich realisieren lassen.
- E-Government-Lösungen sind auf der Basis eines ganzheitlichen Ansatzes zu verfolgen. Neben der effektiven Gestaltung von Verwaltungsprozessen, sind Aspekte der Bürgerbeteiligung und –orientierung sowie der Begleitung und Förderung der Wirtschaft zu berücksichtigen.

- Besonders herausragend ist die „Kundensicht“. E-Government-Ansätze werden vorzugsweise dort umgesetzt, wo sie für die Leistungsabnehmer Mehrwert oder Vorteile mit sich bringen.
- E-Government-Lösungen sind unter den Vorgaben der Wirtschaftlichkeit umzusetzen. Aus diesem Grunde ist auch die Umstellung verwaltungsinterner Prozesse mit nur indirektem Mehrwert für die Leistungsabnehmer nicht zu vernachlässigen.
- Um der Verantwortung gerecht zu werden gegenüber den Gruppen, die nicht über elektronische Zugänge verfügen können oder wollen, werden E-Government-Lösungen nicht als ausschließliche Schnittstelle zur Verwaltung eingesetzt. Herkömmliche Verwaltungsverfahren werden weiterhin parallel angeboten.
- Die Realisierung von E-Government-Lösungen ist ein unternehmensweiter Ansatz. Insoweit stehen alle Vorhaben unter einer zentralen Steuerung und Koordinierung.

Kooperationsansätze

Auf Bundes- und Landesebene sowie auf der kommunalen Ebene werden bundesweit eine Vielzahl von E-Government-Projekten durchgeführt. Die Stadt Castrop-Rauxel beobachtet diese Entwicklungen und prüft, inwieweit Lösungsansätze vorteilhaft einsetzbar sind.

In dem Landesprojekt „Digitales Ruhrgebiet – D-NRW“ forciert die Projekt Ruhr GmbH den Aufbau und den Betrieb einer Internet-Plattform für die rechtsverbindliche Interaktion zwischen Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Es handelt sich um ein Vorhaben, das in Form eines PPP-Modells (Public Private Partnership) umgesetzt werden soll. Der Kreis Recklinghausen wird sich an der Besitzgesellschaft (Public Konsortium) beteiligen. Insoweit ist die Stadt Castrop-Rauxel zumindest mittelbar einbezogen und wird an den Entwicklungen und Lösungen des Projektes teilhaben können. Ob und in welcher Form sich die Stadt Castrop-Rauxel zudem auch unmittelbar in das Projekt einbringen sollte, ist noch gesondert zu prüfen.

Daneben haben – im Rahmen der kreisweiten Zusammenarbeit – die beteiligten Städte und der Kreis eine gemeinsame Vorgehensweise bei der Umsetzung ihrer E-Government-Aktivitäten vereinbart. Ziel ist die gemeinschaftliche Planung, Finanzierung und Umsetzung von Entwicklungsprojekten.

Ergänzend zu den Kooperationsansätzen, ist es für die Stadt Castrop-Rauxel allerdings unabdingbar, auch weiterhin eigene Aktivitäten auf dem Sektor E-Government zu entwickeln und eigenständige Vorhaben zu realisieren. Um dies in dem bisherigen Umfang fortführen zu können, ist es notwendig, im Bereich Informationstechnik insbesondere auch die personellen Voraussetzungen zu schaffen.

Realisierte Projekte und Einzelvorhaben 2002
--

- **Politik online: Bürger- und Ratsinformationssystem**
Veröffentlichung von Sitzungsvorlagen und –protokollen des Rates und der Ausschüsse im Internet. Extranet-Komponente für den Zugriff des berechtigten Benutzerkreises (z.B. Ratsmitglieder) auf die nichtöffentlichen Dokumente.

- **Internet-Bürgerservice: Formulare**
Ausweitung des Formularangebotes, insbesondere in den Bereichen Einwohnermeldewesen und Gewerbeangelegenheiten
- **online-Wahlscheinanträge**
Erstmalig rechtlich zulässige Möglichkeit, Wahlschein-/Briefwahlanträge zur Bundestagswahl elektronisch zu stellen. Mit einer kreisweit führenden Quote von 6,1 % der Wahlscheinanträge, wurde diese Antragsform in Castrop-Rauxel bereits in hohem Maße genutzt.
- **Informationen zur Wahl**
Umfangreiches Angebot an Informationen aus dem Wahlbüro (Termine, Wahlrechtsgrundlagen, Wahllokale etc.) sowie online-Abruf der Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2002. Download-Angebot aller Wahlergebnisse in Castrop-Rauxel ab 1999.
- **Bauleitplanung**
Informationen über die öffentliche Auslegung von Vorhaben aus der Bauleitplanung. Übersichten über rechtskräftige Bebauungspläne.
- **Amtsblatt mit Abo-Service**
Abruf der Sammlung der Amtsblätter ab dem Jahrgang 2002. Angebot zur Registrierung für einen Abo-Service per E-Mail.
- **Erprobung neuer Kommunikationsformen**
Einrichtung eines Chat-Rooms anlässlich des Mittelstandstages der Wirtschaftsförderung
- **Ausbau des Mitarbeiter-Informationssystem (MISonline) auf Intranetbasis**
Ergänzung des Systems um zusätzliche Informationsinhalte.

www.castrop-rauxel.de – Zugriffstatistik 2002
--

Im Durchschnitt waren rd. 190.000 Zugriffe pro Monat zu verzeichnen (Vorjahr rd. 146.000). Dabei erfolgten rd. 40 % der Zugriffe außerhalb der Öffnungszeiten des Rathauses.

Die Rubrik „Bürgerservice“ wurde wiederum am häufigsten ausgewählt (22%). Danach folgen die Rubriken „Stadtinformation“ (14%), „aus dem Rathaus“ (14%), „Wirtschaft“ (13%) und „Kultur, Bildung, Freizeit, Sport“ (11%). Die anderen Rubriken liegen bei jeweils unter 10%.

Die Steigerung der Zugriffszahlen dürfte insbesondere aus der Ausweitung des Angebotes (Amtsblätter, Bauleitplanung, Bundestagswahl, Bürger- und Ratsinformationssystem etc.) resultieren.

Projekte und Vorhaben - Planungen ab 2003
--

- **Internet-Bürgerservice**
Ausbau des Informationsangebotes über Produkte und Dienstleistungen sowie Ausweitung des Angebotes an Formularen usw.
Außerdem ist eine Verknüpfung des städt. Bürgerservices mit dem Dienstleistungsangebot des Kreises Recklinghausen geplant.

- **Melderegisterauskunft via Internet**

Das Melderechts-Rahmengesetz des Bundes sieht vor, dass einfache Melderegisterauskünfte auch über das Internet beantragt werden können. Diese Antragsmöglichkeit soll in das Angebot aufgenommen werden. Angestrebt wird dabei eine Lösung, die eine technikerunterstützte Bearbeitung dieser Anfragen im Bürgerbüro erlaubt.

- **Elektronische Bezahlungsfunktionen**

Eng verknüpft mit dem vorstehend genannten Vorhaben sind Überlegungen, im Zusammenhang mit gebührenpflichtigen Leistungen auch elektronische Bezahlungsfunktionen zu realisieren, z.B. über Lastschriftinzugsverfahren.

- **Gewerbebeanmeldungen/-auskünfte**

Das im Gewerbebereich eingesetzte IT-Verfahren soll durch eine online-Komponente ergänzt werden, um Gewerbebeanmeldungen etc. über das Internet vorzubereiten und die Daten des Antragstellers vorab elektronisch zu übermitteln.

Ähnlich wie im Einwohnermeldewesen ist daran gedacht, Anträge auf Auskünfte aus dem Gewerbeverzeichnis über das Internet abzuwickeln.

- **Elektronische Beschaffungen**

Bei freihändigen Vergaben sind in verschiedenen Verwaltungsbereichen bereits positive Erfahrungen mit der Nutzung von Internet-Bestellplattformen gesammelt worden. Neben preislichen Vorteilen, ergeben sich Vereinfachungen und Beschleunigungen bei den Arbeitsabläufen. Der Anwendungsbereich soll auf weitere Beschaffungssegmente ausgedehnt werden.

Es wird zudem angestrebt, im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes mit den anderen Städten und dem Kreis Recklinghausen, auch öffentliche Ausschreibungen über das Internet abzuwickeln. Auch hier sind Optimierungen der Vergabeprozesse zu erwarten.

- **Geodaten im Intranet/Internet**

In der kommunalen Verwaltung haben etwa 75 % aller vorhandenen Daten einen geografischen Bezug. Geodaten werden in verschiedenen Verwaltungsbereichen entsprechend der jeweiligen Aufgabenstellung erfasst und gepflegt. Dabei kommen in der Regel spezielle Fachanwendungen zum Einsatz.

Aus dieser Situation resultieren insbesondere zwei Problemstellungen. Zum einen ist es häufig nur mit erheblichem Aufwand möglich, die Geodaten aus den verschiedenen Anwendungen aufgrund unterschiedlicher Datenformate etc. zusammenzuführen. Zum anderen erfordert die Nutzung der Daten auch für einfache Informations- und Auskunftszwecke, dass an den Arbeitsplätzen jeweils spezifische Software vorhanden sein muss; eine externe Nutzung – z.B. via Internet – ist auf dieser Basis nicht gegeben.

Vor diesem Hintergrund ist im Rahmen der kreisweiten Zusammenarbeit ein Gesamtkonzept entwickelt worden, um die vorhandenen Geodaten an den Arbeitsplätzen über einen Standardbrowser für Auskunftszwecke verfügbar zu machen und darüber hinaus auch im Internet zu publizieren.

Die Umsetzung dieses Konzeptes vollzieht sich in folgenden Schritten

- Das verfügbare Kartenmaterial und die digitalen Daten sind auf einem zentralen Geodaten-Server zusammengefasst worden.
- Die aus Vermessungsarbeiten der letzten Jahre für Teilbereiche des Stadtgebietes bereits vorhandenen topografischen Daten werden in das System überführt

und bilden gemeinsam mit den Daten der Katasterflurkarte des Kreises die Basis für die digitale Stadtgrundkarte. Das hierdurch mosaikartig entstehende digitale Kartenwerk lässt sich sukzessive ergänzen.

- Parallel erfolgt eine Aufbereitung der Daten in der Form, dass sie mit einem Internetbrowser verwendet werden können.

Zielsetzung ist es, die Geodaten im Rahmen des Projektes im zweiten Halbjahr 2003 zunächst über das Intranet zur Verfügung zu stellen. In einem weiteren Schritt sollen geeignete Daten dann auch für die Bereitstellung im Internet ausgewählt werden.

Weitere Aufgaben im IT-Bereich ab 2003

- **Ablösung von Großrechnerverfahren**

Aufgrund der Empfehlungen aus dem Wirtschaftlichkeitsgutachten zur GKD Recklinghausen, sollen schrittweise die bisherigen, teils überalterten Großrechnerverfahren durch moderne Client-/Server-Lösungen ersetzt werden. Für 2003 ergeben sich entsprechende Umstellungen in den Bereichen **Bibliothekswesen** und **Personalabrechnung** sowie voraussichtlich **Verwarnungs-/Bußgeld**.

- **Örtlicher IT-Einsatz**

Geprüft wird der Einsatz einer IT-Lösung zur Unterstützung der Aufgabenerledigung im **Standesamt**. Dabei ergeben sich auch Ansatzpunkte, um z.B. die Beantragung von Urkunden im Sinne einer E-Government-Lösung zu realisieren.

Um **Gebührenzahlen per EC-/Geldkarte** etc. abwickeln zu können, wird angestrebt, „Bezahlterminals“ zunächst im Bürgerbüro einzuführen. In einem zweiten Schritt ist beabsichtigt, diese Möglichkeit auf weitere Bereiche auszudehnen.

- **Neues Kommunales Finanzwesen (NKF)**

Aus der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzwesens, werden sich **erhebliche Anforderungen hinsichtlich der informationstechnischen Unterstützung** ergeben. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich 18 intensiv in die vorbereitenden Planungen eingebunden.

- **Netzwerkmigration**

Die Migration des lokalen Datennetzes im Rathaus auf moderne Ethernet-Technologie wurde bezogen auf die Server- und Arbeitsplatzsysteme abgeschlossen. Zu erwarten sind aber zukünftig weiter wachsende Anforderungen an Datendurchsatz und Performance. Hierzu wird es notwendig werden, in einem weiteren Schritt auch die **Verkabelungsstruktur** zu überprüfen und ggfls. bedarfsorientiert schrittweise anzupassen.

- **Notfall-/Sicherheits-Konzept**

Aus dem hohen und weiter zunehmenden Durchdringungsgrad der Informationstechnik erwachsen erhebliche Abhängigkeiten im Hinblick auf die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Damit einher geht eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen. Dies macht es notwendig, die bestehenden **Notfall- und Sicherheitsplanungen kontinuierlich zu überprüfen** und dem gesteigerten Bedarf anzupassen.